

Der Irak-Konflikt: Kommt der Krieg?

Klaus-Dieter Schwarz

Der UN-Sicherheitsratsbeschuß 1441 vom 8. November 2002 gibt dem Irak eine letzte Chance, die Waffenstillstandsbedingungen von 1991 (UN-Resolution 687) zu erfüllen und sämtliche Programme zur Entwicklung von ABC-Waffen und Raketen mit größerer Reichweite offenzulegen. Bagdad hat zum allgemeinen Erstaunen und im Widerspruch zu Erkenntnissen der Geheimdienste erneut bestritten, Massenvernichtungswaffen zu besitzen. Falls der Irak die Auflagen der Resolution nicht erfüllt, hat ihm der Sicherheitsrat mit »ernsthaften Konsequenzen« gedroht, sprich mit Krieg. Er ist, wie Washington und London betonen, noch keine beschlossene Sache. Es stellen sich die Fragen: Wie sind die bisherigen Ergebnisse der UN-Inspektion zu beurteilen und wie reagieren die USA und der Sicherheitsrat darauf? Gibt es eine bessere Alternative zum Krieg gegen Saddam? Was wollen die USA wirklich? Welchen Kriegsplan haben sie? Wie sind die Risiken und Kosten eines Krieges gegen den Irak zu beurteilen?

In seiner Resolution forderte der Sicherheitsrat vom Irak eine »akkurate, vollständige und komplette Deklaration« sämtlicher Aktivitäten zur Entwicklung von ABC-Waffen, ballistischen Raketen und anderen Trägermitteln. Schon nach erster Auswertung des am 7. Dezember 2002 vorgelegten irakischen Berichts stellten die Fachleute erhebliche Lücken und Ungeheimheiten fest: »ein Katalog von wieder aufbereiteten Informationen und flagranten Auslassungen«, wie Außenminister Powell über die 12 000 Seiten lange Dokumentation befand. Doch falsche oder lückenhafte Angaben reichen nach Auffassung der Sicherheitsratsmitglieder mit Ausnahme der USA nicht aus, um den Tatbestand eines »schwerwiegenden Verstoßes«

gegen die Resolution zu erfüllen. Bagdad muß auch des Widerstandes gegen Auftrag und Arbeit der Inspektoren überführt werden, um »ernsthafte Konsequenzen« zu rechtfertigen.

Inspektion

Die Inspektoren der UN Monitoring, Verification and Inspection Commission (UNMOVIC) und der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) sind seit 27. November 2002 im Irak auf der Suche nach Hinweisen, die die Behauptung des Regimes, keine Massenvernichtungswaffen zu besitzen, entweder stützen oder widerlegen – bislang ohne Erfolg. Ihr Zwischenbericht vom 8. Januar bescheinigt den irakischen

Behörden Kooperationsbereitschaft insofern, als die Kontrollen nirgends behindert worden seien. Im übrigen habe sich nach gründlicher Prüfung der irakischen Waffen-deklaration der erste Eindruck bestätigt. Sie enthalte vor allem keine Beweise für die Beseitigung der illegalen Waffen und Produktionsanlagen.

Der Verdacht liegt nahe, daß Saddam Hussein sein altes Spiel mit den Inspektoren treibt, diesmal ohne ihre Arbeit direkt zu behindern. Er habe sich – so Richard Perle, Berater des US-Verteidigungsministers, in einem ZEIT-Interview – eine Organisation von mehreren tausend Personen zugelegt, die seine Massenvernichtungswaffen verstecken oder ständig im Land hin- und herbewegen. Folglich dürfte es den Inspektoren schwerfallen, fündig zu werden. Saddams Strategie ist offenbar, Zeit zu gewinnen, die Beweislast umzukehren und den Sicherheitsrat in der Frage, welche Konsequenzen aus dem Waffenbericht und den Ergebnissen der Inspektion zu ziehen sind, zu spalten. Je länger dieser Prozeß dauert und je schwächer die Beweise irakischer Obstruktion sind, so dürfte er kalkulieren, desto schwerer wird es den USA gemacht, den Casus belli zu begründen und eine breite Koalition zusammenzubringen.

Es gibt drei Möglichkeiten, die Wahrheit herauszufinden. Die erste ist, die Inspektoren mit nachrichtendienstlichen Informationen zu versorgen und sie auf die verdächtigen Einrichtungen anzusetzen. Dies geschieht nach anfänglichem Zögern der US-Regierung. Das Problem dabei: Geheimdienste müssen ihre Quellen schützen und verfügen meist nur über Indizien, selten über genaue Kenntnisse. Die CIA weiß entweder nicht, wo die versteckten Waffen oder Anlagen sind, oder sie kennt sie sehr wohl, würde aber die USA der Fähigkeit berauben, gegen die versteckten Lager einen überraschenden Entwaffnungsschlag zu führen, wenn sie die Inspektoren informiert. Jede Inspektion gibt somit dem irakischen Sicherheits-

dienst auch Hinweise auf die Qualität amerikanischer Informationen und auf undichte Stellen im eigenen Lager.

Das führt zur zweiten Möglichkeit: die Befragung von Wissenschaftlern und Technikern, die an den Waffenprogrammen mitgearbeitet haben. Solche Gespräche haben sich unter der UNSCOM (1991–98) als unergiebig erwiesen, da sie nur im Beisein irakischer Sicherheitsleute geführt werden konnten. Deshalb gibt die neue Resolution den Inspektoren das Recht, die betreffenden Personen unbeaufsichtigt zu vernehmen, einige mitsamt ihrer Familien auch ins Ausland zu schaffen, um sie vor Verfolgung zu schützen. Dies stößt in der Praxis jedoch auf Schwierigkeiten. Denn die ersten Befragten haben darauf bestanden, nur in Gegenwart irakischer Beamter auszusagen. Es gibt Hinweise auf Druck des Regimes, das diesen Personen rät, nur unter dessen Aufsicht auszusagen und eine Ausreise abzulehnen. Jedenfalls können die Inspektoren niemanden zwingen, unbeobachtet mit ihnen zu reden oder das Land zu verlassen. Immerhin wurde den UN-Kontrollern, wie gefordert, eine Liste mit rund 500 Namen von ehemaligen Rüstungsfachleuten übergeben. Aber auch sie ist wie das irakische Waffendossier laut Aussage des UN-Chefinspektors lückenhaft.

Dritte Möglichkeit ist die Anforderung zusätzlicher Informationen zur Ergänzung des Waffenberichts, vor allem zur Beantwortung offener Fragen: Wo sind die Sprengstoffe zur Zündung von A-Waffen sowie die B- und C-Kampfstoffe geblieben, über die der Irak nachweislich noch verfügt hat, als die UN-Inspektoren 1998 das Land verlassen mußten? Was ist mit den als »verloren« gemeldeten Senfgas-Artilleriegranaten, den B-Waffen-fähigen Bomben und restlichen SCUD-Raketen geschehen? Welche geheimen Rüstungsprogramme haben die Iraker seit 1998 betrieben? Kurzum: Bagdad muß Beweise für die angebliche Zerstörung dieser Waffen liefern, Dokumente und Zeugen.

»Ernsthafte Konsequenzen«?

Die Chefs von UNMOVIC und IAEA sollen dem Sicherheitsrat am 27. Januar einen »update«-Bericht ihrer Inspektionsarbeit vorlegen. Washington betrachtet diesen in der Resolution festgelegten Tag als eine Art D-Day für »ernsthafte Konsequenzen«. Entsprechend ist der Abschluß des Truppenaufmarsches so geplant, daß Mitte Februar der Militärschlag erfolgen könnte. Können die UN-Inspektoren aber keine handfesten Beweise für »materielle Verstöße« vorlegen, dürfte es dem Sicherheitsrat schwerfallen, die Anwendung militärischer Gewalt zu billigen. Er könnte statt dessen der Empfehlung des UN-Chefinspektors Hans Blix folgen, die Suche nach Massenvernichtungswaffen fortzusetzen, um sich ein besseres Urteil zu bilden, auch über die Kooperationsbereitschaft des Irak. Amerikas treuester Verbündeter, Tony Blair, hat sich angesichts des wachsenden Widerstandes in der eigenen Partei und Regierung gegen seinen engen Schulteranschluß mit Washington ebenfalls für diese Empfehlung ausgesprochen und erklärt, man könne den Krieg auch auf den Herbst verschieben. Rußlands und Frankreichs Präsidenten haben sich ähnlich geäußert.

Damit entsteht für Washington eine neue politische Lage – auch für Deutschland, seit Anfang des Jahres Mitglied des Sicherheitsrates, das sich mit seiner Haltung zum Irak-Konflikt in eine verzwickte Situation gebracht hat. Die in den letzten Wochen geführte Diskussion über eine neue Resolution zur Legitimierung eines Krieges scheint beendet. Für sie hat sich die Bush-Administration ohnehin nicht erwärmen können, sieht doch die Resolution 1441 vor, daß sich der Sicherheitsrat über weitere Maßnahmen lediglich konsultiert. Bisher beharrt sie auf ihrem Standpunkt, daß die Unvollständigkeit des irakischen Waffenberichts und die unzulängliche Kooperation des Regimes ausreichen, um einen Militärschlag gegen Bagdad zu rechtfertigen. Die offene Frage ist, ob sie der inneren Logik ihrer Politik bis zur letzten Konsequenz folgt oder dem

Votum des Sicherheitsrates, die Inspektion fortzusetzen. Der britische Außenminister Straw meint, die Chancen stünden derzeit 60 Prozent für die zweite Möglichkeit. Das kann sich ändern.

Für eine Verlängerung der UN-Inspektion sprechen gute Argumente. Die Kontrolleure erhielten mehr Zeit, ihren Auftrag zu erfüllen und die Möglichkeiten ihres Mandats auszuschöpfen. Allerdings bekäme auch Saddam Hussein mehr Zeit, sein Spiel fortzusetzen. Das wäre zur Vermeidung oder wenigstens zum Aufschub eines Krieges hinzunehmen, lohnt er sich doch in Anbetracht seiner Kosten und Risiken ohnehin nicht. Statt dessen empfehlen sich Eindämmung und Abschreckung wie bisher, verstärkt durch einschneidendes Inspektions- und intelligentes Sanktionsregime, das so lange dauert wie notwendig. Die Bush-Regierung mag an diese Politik nicht mehr glauben, wie die Thesen der neuen amerikanischen Sicherheitsstrategie belegen (vgl. SWP-Aktuell 38/02, Oktober 2002). Dennoch macht sie gerade die Erfahrung, daß ihre darin erklärte Doktrin der vorbeugenden Selbstverteidigung zur Lösung der aktuellen Nordkorea-Krise untauglich ist. Bei allen Unterschieden zwischen diesen Konflikten muß sie sich fragen lassen, warum sie den einen mit politischen und den anderen mit militärischen Mitteln behandeln will.

Im Fall Irak sind die Erfolge der Eindämmungspolitik nicht einmal gering. So haben die Kurden im Norden des Landes unter dem Schutz der alliierten Flugverbotszone bereits weitgehende Autonomie erreicht, mit der sich Bagdad abgefunden hat. Auch die UN-Inspektion verbuchte im letzten Jahrzehnt beachtliche Erfolge. Daran kann die Nachfolgemission anknüpfen. Unter amerikanischer Führung, gepaart mit Druck, hat der Sicherheitsrat in seltener Einmütigkeit eine scharfe Resolution beschlossen, die der Irak akzeptierte und wenigstens teilweise erfüllt. Die Inspektionsteams sind wieder im Land und erfüllen ihren Auftrag, anders als vor 1998, mit Duldung des Regimes.

Die USA befürchten vor allem, daß Saddam in den Besitz von Atomwaffen gelangt, und wollen daher wissen, wie weit er mit diesem Vorhaben gediehen ist. Westliche Geheimdienste schätzen, daß er mindestens noch ein bis zwei Jahre davon entfernt ist – vorausgesetzt, es gelingt ihm, spaltbares Material und spezielle Ausrüstung im Ausland zu beschaffen. Ein scharfes Kontrollregime kann das verhindern, denn ein nukleares Rüstungsprogramm stellt eine aufwendige industrielle Unternehmung dar und ist leichter zu überwachen als die Herstellung von B- und C-Waffen. Doch auch diesen kommt man auf die Spur, wie die Inspektionen der neunziger Jahre gezeigt haben. Gründe und Möglichkeiten also genug, das Irak-Problem ohne Krieg zu lösen.

Regimewechsel

Es ist bekannt, daß in der Bush-Administration drei Richtungen um die Lösung des Irak-Problems streiten: eine machiavellistische, eine moralisch-ideologische und eine pragmatisch-internationalistische. Zur ersten gehören Vize-Präsident Cheney und Verteidigungsminister Rumsfeld, seit der Ära Nixon/Ford ein politisches Gespann. Sie sind die Meinungsführer der »Realisten« in der Republikanischen Partei, die eine macht- und militärpolitische Strategie zur Sicherung und Stärkung der Vereinigten Staaten gegenüber globalen Rivalen und regionalen Vormächten verfolgen, eine »grand strategy of preserving primacy«. Ihre Politik zielt auf eine militärische Pax Americana, beruhend auf konkurrenzlosen Streitkräften, Raketenabwehr und »preemptive war«-Doktrin als Ersatz für die alte und – wie sie meinen – überholte Abschreckung. Sie halten die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen für die größte Gefahr, Saddams Streben nach Kernwaffen und seine angebliche Verbindung mit Al Qaida für das größte Problem, einen Krieg daher für unvermeidlich, besser jetzt als später.

Für die zweite Richtung steht der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz,

Wortführer der Neo-Konservativen in der Administration. Sie ist nach dem 11. September stärker in den Vordergrund getreten, unterscheidet sich aber kaum von der Linie der »Realisten«, unterfüttert sie vielmehr mit moralischer Aufrüstung – Stichwort »Achse des Bösen« – und Wilsonscher Vision einer Demokratisierung der arabischen Welt als Mittel zur Beseitigung der Ursachen des internationalen Terrorismus in den reformunfähigen Herrschaftssystemen des Nahen Ostens.

Die dritte, im State Department und in der militärischen Führung des Pentagon angesiedelte Richtung setzt auf bewährte Mittel der amerikanischen Außenpolitik wie Eindämmung, Allianzen, UN. Sie betont den Internationalismus und die professionelle Skepsis gegenüber militärischer Macht als politisches Mittel zur Gestaltung der Weltordnung.

Es ist nicht klar auszumachen, welche der hier grob skizzierten Positionen dominiert und die Irak-Politik bestimmt. Es gibt Schwankungen, Überlagerungen und Konzessionen zwischen »Falken« und »Tauben«, folglich unterschiedliche Signale aus Washington, die in letzter Zeit einen Krieg gegen Bagdad mal mehr, mal weniger wahrscheinlich erscheinen ließen. Einig sind sich die führenden Regierungsmitglieder, daß ein Regimewechsel herbeigeführt werden muß. Die Frage ist nur: wie?

Die einfachste Lösung, »made in Iraq«, wäre ein Putsch gegen Saddam oder dessen Flucht ins Exil, jeweils ausgelöst durch militärischen Druck von außen. Beides scheidet entweder als mehrfach gescheitert oder als Verkennung eines zum Äußersten entschlossenen Tyrannen aus. Die politische Lösung wäre die Entwaffnung unter Kontrolle der UN: Wenn sie gelingt, käme dies, wie Bush betont hat, einem Regimewechsel gleich. Die Hardliner in seiner Regierung halten jedoch Inspektionen für sinnlos oder reine Zeitverschwendung und drängen auf die militärische Lösung. Fraglich ist, ob die USA dafür die notwendige innen- und außenpolitische Unterstützung erhalten.

Die amerikanische Bevölkerung befürwortet trotz eindeutiger Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses für die Ermächtigung zum Einsatz der Streitkräfte keinen militärischen Alleingang, weder im Krieg noch danach, wenn die USA auf starke Mithilfe der Staatengemeinschaft beim Aufbau einer neuen stabilen Ordnung im Zweistromland angewiesen sind. Riskierte die Regierung den Krieg dennoch ohne ausreichende nationale und internationale Zustimmung, dürfte das Urteil der Welt über sie hart ausfallen. Der besonders in Europa verbreitete Verdacht, der Krieg sei längst beschlossene Sache und die diplomatischen Bemühungen dienten nur als Kulisse ebenso wie die Inspektion als Vorwand, würde sich für viele bestätigen.

Präsident Bush hat sich in seiner Rhetorik zwar häufiger martialischer Töne bedient, aber in der Praxis als besonnen und internationalistisch erwiesen. Condoleezza Rice, seine kluge Sicherheitsberaterin, lobt seinen guten strategischen Instinkt. Er wird also prüfen, ob es politisch klug ist, einen Krieg zu führen, für dessen Notwendigkeit es wenig überzeugende Beweise gibt, folglich keinen breiten Rückhalt, vielleicht nicht einmal die unverzichtbare logistische Unterstützung für die US-Streitkräfte in der Region. So sehr er und sein Sicherheitskabinettt davon überzeugt sind, daß alles getan werden muß, um aggressive Diktatoren und Terroristen davon abzuhalten, in den Besitz von Massenvernichtungsmitteln zu gelangen: Aus Sicht der Verbündeten und Partner geht es nicht nur um die Glaubwürdigkeit amerikanischer Politik, sondern auch um die Anerkennung der USA als Führungsmacht der Welt, ebenso wie um die Bedeutung der UN als sicherheitspolitische Ordnungsmacht.

Besonders die Kosten und Risiken eines Krieges sind zu bedenken, die politischen, militärischen, humanitären und wirtschaftlichen, vor allem die ungewollten Folgen: irakischer Bürgerkrieg, Flüchtlingsströme, verschärfte anti-amerikanische Polarisierung in der islamischen Welt, Terror-

anschläge etc. Außerdem geht es der amerikanischen Wirtschaft nicht sonderlich gut, weshalb der Präsident soeben ein milliardenschweres Konjunkturprogramm aufgelegt hat. Schließlich will er wiedergewählt werden und nicht das Schicksal seines Vaters teilen, der den letzten Golfkrieg mit Bravour gewann und wenig später durch Versagen an der Wirtschaftsfrent sein Amt verlor. Es steht also viel auf dem Spiel.

Kriegsplanung

Seit Anfang letzten Jahres werden in Washington und im zuständigen Hauptquartier (CENTCOM) Kriegspläne zur Beseitigung des Saddam-Regimes ausgearbeitet. Verschiedene Entwürfe sind in die amerikanische Presse gelangt. Das Pentagon hat dazu jede offizielle Stellungnahme vermieden, aber es entstand der Eindruck, als seien manche authentisch, andere das Produkt bewußter Fehlinformation, wiederum andere reine Spekulation. Wann der Krieg beginnt und wie er verlaufen wird, wissen selbst seine Planer nicht. Auch Prognosen über künftige Kriege treffen selten ins Schwarze, da wichtige Beurteilungsfaktoren noch unbekannt sind.

Die bisherigen Kriegsvorbereitungen deuten darauf hin, daß sich die USA auf eine größere Militäroperation einstellen. Eingesetzt werden sollen rund 250 000 Soldaten, einschließlich des britischen Kontingents, nicht alle zugleich, sondern etwa 100 000 Mann in der Anfangsphase. Rund 60 000 US-Soldaten befinden sich bereits in der Region. Weitere Kräfte werden in diesen Wochen an den Golf verlegt, so daß sich deren Stärke bis Anfang Februar verdoppelt. Zusätzlich wurden 27 000 Reservisten aufgefordert, sich bereitzuhalten, stets ein wichtiges Indiz für einen möglichen Krieg.

Der Truppenaufmarsch macht deutlich, daß dieser Krieg nicht nach dem Vorbild des Afghanistan-Feldzuges geführt werden wird; auch nicht nach dem des letzten Golfkrieges, in dem wesentlich mehr Kräfte zum Einsatz kamen, geführt damals nach

der »Air-Land Battle«-Doktrin, die für einen Krieg gegen den Warschauer Pakt in Europa entwickelt worden war.

Für einen neuen Krieg gegen den Irak steht auch eine neue Doktrin bereit. Sie nennt sich »effects-based operations« und besagt, daß es darauf ankomme, den Einsatz der Streitkräfte auf die neuralgischen Punkte im politischen und militärischen System des Gegners zu konzentrieren, also auf dessen »Gravitationszentren« nach Clausewitzscher Lehre. Dieses Konzept ist im Ansatz in der Endphase des Kosovo-Krieges angewendet worden, allerdings ohne Einsatz von Landstreitkräften. Die neue Doktrin konnte sich in der Praxis noch nicht bewähren, abgesehen von Planspielen und Übungen. Kritiker bemängeln, sie setze zu viel auf Luftmacht, zu wenig auf die Landstreitkräfte und unterschätze das politische und ideologische Widerstandsvermögen eines diktatorischen Regimes, das die herrschende Elite mit skrupelloser Energie zusammenhält.

Die politische Führung des Pentagon favorisierte von Beginn der Kriegsplanung an das Afghanistan-Modell: Luftmacht, Spezialstreitkräfte, Präzisionswaffen und oppositionelle Milizen. Dieses Szenario entsprach revolutionärer Kriegführung, wie es sich Verteidigungsminister Rumsfeld vorstellt, fast ohne eigene Verluste und mit unerwartet schnellem Erfolg. Doch hat der Mißerfolg der Operation Anaconda gezeigt, wie unzulänglich die moderne Militärtechnologie noch ist. Vor allem aber läßt sich das Modell auf den Irak nicht übertragen. Es gibt dort keine ausreichend bewaffnete Opposition, welche die Rolle der afghanischen Nordallianz übernehmen könnte oder auch nur wollte. Saddams Streitkräfte sind mit rund 425 000 Soldaten immer noch die stärksten am Golf, obwohl ihre Kampfkraft seit der Niederlage im Golfkrieg auf etwa die Hälfte gesunken ist. Kaum zu unterschätzen sind dagegen die irakischen Eliteverbände der Republikanischen Garde, rund 100 000 dem Regime ergebene Soldaten, die speziell für den Kampf in urbanen Gebieten ausgebildet

sind. Außerdem verfügt der Irak über eines der dichtesten Flugabwehrnetze in der Welt, mit modernen Kommandostrukturen und Radaranlagen. Hinzu kommen die gefürchteten B- und C-Waffen, teilweise mobil und nicht auszumachen, bisher auch nicht von den UN-Inspektoren im Land.

Verteidigungsminister Rumsfeld soll von der Militärführung die Vorlage eines Plans für eine Art Blitzkrieg mit wirkungsvollen Luftschlägen gegen »Regime-Ziele« und schnell, von Kuwait ausgehendem Vorstoß leichtgepanzelter Verbände in Stärke von 20–30 000 Soldaten gefordert haben. Ihm lag daran, die überragende technologische Überlegenheit und das taktische Überraschungsmoment auszunutzen. Die militärischen Planer äußerten ihre Skepsis, daß sich ein schneller und leichter Sieg gegen Saddams Streitmacht erringen läßt. Sie verlangten wesentlich mehr Bodentruppen und eine längere Vorbereitungszeit nach Art der Operation Desert Storm.

Herausgekommen ist ein Kompromiß zwischen politischer und militärischer Forderung. Dies zeigt sich im Typ der Streitkräfte, die gegenwärtig an den Golf verlegt werden: Luftlandetruppen, Kampfhubschrauber, mechanisierte Infanterie, ein Marine-Korps, Spezialkräfte, dagegen auffallend wenige Panzereinheiten. Nicht alle Bodentruppen müssen unmittelbar verfügbar sein. Ein Teil kann nach Angriffsbeginn mit Luftschlägen und Vormarsch zu Lande aus mehreren Richtungen auch als Verstärkung in die Operation eingeführt werden. Man spricht im Pentagon von einem »rolling start« des Angriffs mit zunächst begrenztem Einsatz von Bodentruppen. Deren Ziele in der Anfangsphase dürften sein, erstens Basen im Irak zu gewinnen, um Stützpunkte für den weiteren Feldzug aufzubauen und die arabischen Verbündeten von logistischer Unterstützung zu entlasten, zweitens in die irakische Wüste im Westen vorzudringen, um Israel vor Raketenangriffen zu schützen, drittens die Ölfelder zu besetzen, um zu verhindern, daß sie wie im letzten Krieg in Brand gesteckt werden.

Die militärische Zielsetzung unterscheidet sich deutlich von der einer Eroberung des Landes im klassischen Sinne durch Zerstörung der Infrastruktur des Gegners. Darauf deutet die bereits angelaufene psychologische Kampagne hin, abgeworfene Flugblätter und Radiosendungen, die die Bevölkerung gewinnen und das Militär vor Widerstand warnen sollen. Auch der Einsatz militärischer Mittel soll in erster Linie politische Wirkung erzielen: »Enthauptung« des Regimes, Zerschlagung der wichtigsten Knotenpunkte und Kommandozentralen des Machtapparates, Vernichtung der wichtigsten Machtmittel. Danach werde der Widerstand im Lande schnell zusammenbrechen, so das Szenario.

Dieser »inside-out approach« soll die Bevölkerung und lebenswichtige Einrichtungen schonen, den Kampf in den Städten und besonders eigene Verluste möglichst vermeiden. Es gibt für diesen Ansatz eine neue Führungsvorschrift, die »Doctrine for Joint Urban Operations« (Joint Publication 3-06). Danach sollen Städte im wesentlichen durch Belagerung und selektive Angriffe gegen die Machtzentren unter Kontrolle gebracht werden. Ob dies im Irak gelingt, vor allem in der Hauptstadt, ist zweifellos eine der großen Unbekannten in der amerikanischen Kriegsplanung.

Kriege sind selten geführt worden, wie die Planer sie vorgesehen haben. Daß die USA den Krieg gewinnen, daran besteht kein Zweifel. Im günstigsten Fall brauchen sie dafür 4 bis 6 Wochen. Die Wahrscheinlichkeit liegt nach Schätzung von Anthony Cordesman vom Center for Strategic and International Studies, einem angesehenen Militärexperten, zwischen 40 und 50 Prozent. Ist der militärische Widerstand stärker als erwartet, dauere der Krieg 6 bis 12 Wochen; die Wahrscheinlichkeit dafür betrüge 30 bis 40 Prozent. Im schlimmsten und am wenigsten wahrscheinlichen Fall (10 Prozent) führe der Krieg zum massiven Einsatz von Massenvernichtungswaffen, zu hohen Verlusten und schweren internationalen Komplikationen (vgl. www.csis.org/features/attackoniraq_backgroundcord.pdf).

Risiken

Saddam wird seine Gegenmaßnahmen planen und rechtzeitig treffen, seine Truppen nicht wie 1991 in Verteidigungsstellungen grenznah eingraben, sondern aufgelockert in Deckung oder hinter der Zivilbevölkerung versteckt halten, vor allem seine Elitetruppe auf den Kampf um und in Bagdad vorbereiten. Er wird vermutlich wieder Israel in den Konflikt hineinziehen, erneut eine Strategie der verbrannten Erde verfolgen oder humanitäre Katastrophen erzeugen, um den amerikanischen Vormarsch zu verlangsamen und die internationale Opposition gegen den Krieg zu mobilisieren. Saddams Kalkül dürfte sein: Je länger der Krieg dauert, desto stärker der Druck auf die USA und ihre Verbündeten, desto größer auch seine Chancen, sich und sein Regime zu retten. Umgekehrt stellt sich an die amerikanischen Kriegsplaner die Frage, ob der Kompromiß zwischen geringem und massivem Kräfteansatz richtig gewählt ist. Denn: Je stärker die Kräfte, desto kürzer der Krieg und desto geringer die Risiken.

Die regulären Streitkräfte werden wenig Widerstand leisten, wenn überhaupt, so daß die US-Truppen nahezu ungehindert bis Bagdad vorrücken können. Dort treffen sie in den Außenbezirken auf die gut und schwer bewaffneten Republikanischen Garden und später im Zentrum auf die Prätorianergarde. Beide gelten als äußerst zuverlässig und kampfbereit. Wie die Amerikaner und Briten diese Kräfte frühzeitig ausschalten, durch Belagerung zur Aufgabe zwingen oder im Kampf besiegen wollen, ohne zugleich große Teile der ausgedehnten Millionenstadt schwer zu beschädigen, bleibt vorerst ihr Geheimnis. Jedenfalls können sie dort ihre technologische Überlegenheit weit weniger zur Geltung bringen als im freien Gelände Afghanistans.

Die Amerikaner rechnen damit, daß Saddam C-Waffen einsetzen wird. Er hat sie zur Verteidigung seines Regimes bisher nur auf eigenem Gebiet angewendet. Dagegen können sich die Interventionstruppen

schützen. Nicht auszuschließen ist aber, daß er Israel mit solchen Waffen bedroht, möglicherweise auch Amerika und Westeuropa. Zwar verfügt er über keine weitreichenden Trägermittel, doch könnte er sich statt dessen, wenn er keinen Ausweg mehr sieht, des Al-Qaida-Terrornetzes quasi als letztes Mittel bedienen, zur Abschreckung bzw. vorzeitigen Kriegsbeendigung oder aus purer Rache für den Untergang seines Regimes. Ein solcher »worst case« ist wenig wahrscheinlich, Fachleute halten ihn immerhin für möglich. Sicherheits halber trifft das neugeschaffene amerikanische Homeland Defense Department umfangreiche Schutzmaßnahmen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Kosten

Es existieren grobe Schätzungen, wie viele Opfer ein Irak-Krieg fordern und was er kosten könnte. Kenneth M. Pollack, Experte für die Golfregion in der Brookings Institution, rechnet im günstigsten Fall mit 500 bis 1000, im schlechtesten mit 10 000 gefallenen US-Soldaten. Es gibt jedoch keine vergleichbaren US-Interventionen nach Ende des Kalten Krieges, die sich als Anhalt für eine Abschätzung der Verluste auf beiden Seiten eignen. Ein jüngst bekannt gewordener inoffizieller UN-Bericht über »Voraussichtliche humanitäre Szenarien« eines Irak-Krieges geht jedenfalls von Annahmen aus, die nicht der amerikanischen Kriegsplanung entsprechen: schwere Bombardierungen der Städte und Zerstörungen der Infrastruktur mit folgenschweren Ausfällen der Energie- und Lebensmittelversorgung. Die Verfasser des Berichts rechnen mit bis zu 500 000 Verwundeten in der Zivilbevölkerung und mit 900 000 Flüchtlingen.

Ein Irak-Krieg kostet die USA nach Einschätzung des kürzlich abgelösten Wirtschaftsberaters des Präsidenten, Larry Lindsay, etwa 100 bis 200 Mrd. Dollar. Das sind nicht mehr als 1 bis 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Das Congressional Budget Committee kommt in seinen Berechnungen auf der Basis der geschilderten Kriegsplanung auf nur rund 50 Mrd.

Dollar. Dies ist wenig im Vergleich zum letzten Golfkrieg, der 80 Mrd. Dollar kostete, die im wesentlichen von Saudi-Arabien, Japan und Deutschland bezahlt worden sind. Das werden sie diesmal nicht tun. Teurer wird der Krieg erst, wenn er länger dauert und wenn die US-Truppen anschließend für längere Zeit im Irak stationiert bleiben. Die Besatzungskosten werden auf bis zu 4 Mrd. Dollar pro Monat geschätzt.

Kürzlich hat die Bush-Regierung den Entwurf eines Planes für die Zeit nach Saddam bekannt gegeben. Danach sollen in beträchtlichem Umfang US-Truppen mindestens 18 Monate im Land bleiben, um Frieden zu sichern, Saddams Elite auszuschalten, Massenvernichtungswaffen zu zerstören und das Land zusammenzuhalten. Gleichzeitig soll der Wiederaufbau des Irak beginnen, eventuell unter UN-Verwaltung, jedenfalls nicht unter einer US-Militäradministration oder Regierung aus irakischen Exilpolitikern. Darüber ist noch nicht entschieden. Jedenfalls soll der Ölreichtum des Irak eine wesentliche Rolle bei der Finanzierung des Wiederaufbaus spielen. Allerdings bedarf es erheblicher Mittel, um die Ölindustrie des Landes wieder instand zu setzen, die unter dem Sanktionsregime stark gelitten hat. Es kann viele Jahre dauern, bis ihre Produktion für die Erholung des Landes wirksam und für den globalen Ölmarkt bedeutsam wird. Große internationale Anstrengungen für den Neuanfang im Irak sind daher notwendig.

Kurzum: Die ökonomischen Kosten eines kurzen und erfolgreichen Irak-Krieges mögen sich in Grenzen halten; ein günstiger Verlauf könnte die geopolitische Unsicherheit beseitigen, also die Weltwirtschaft beleben. Dennoch lohnen die Kosten und Risiken diesen Krieg nicht, vor allem nicht, zieht man die politischen Mittel in Betracht, die viel billiger sind und verfügbar, um das Irak-Problem ohne Gewalt zu lösen.